

Einleitend trug Herr Gleß vor, dass die Arbeiten zum Masterplan, der über den Bereich des Huma-Einkaufsparks hinaus gehe, zügig und effizient voranschreiten. Eine Vielzahl der Anregungen und Bedenken aus den beiden Stadtforen konnte berücksichtigt und eingearbeitet werden. So seien auch die Vorbereitungen für den Offenlagebeschluss zum B-Plan Huma-Einkaufspark entsprechend vorangekommen.

Frau Strubelt skizzierte anschließend die Schlussfolgerungen zu den Planungs- und Entscheidungserfordernissen und benannte die verschiedenen Handlungsfelder zur Umsetzung des Masterplans. Der Bericht zur Masterplanung werde zurzeit niedergeschrieben und Ende Januar / Anfang Februar der Verwaltung zur Abstimmung vorgelegt. Die zur Umsetzung des Masterplans auszusprechenden Handlungsempfehlungen bewegen sich auf 4 Ebenen:

- 1. Ebene: Umsetzung des Ordnungsprinzips „Vier-Quadranten-Modell“
 - Quadrant A: Bilden
 - Quadrant B: Einkaufen / Versorgung
 - Quadrant C: Dienstleistung
 - Quadrant D: Gemeinbedarf / Soziales
- 2. Ebene: Empfehlungen zur städtebaulich / baulichen Umsetzung in den „den Lupenräumen
- 3. Ebene: Empfehlungen zur Verbesserung der Infrastruktur
- 4. Ebene: Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.

Herr Johannsen informierte anhand eines Power-Point-Beitrages über die Fortentwicklung der Planung zum Huma-Einkaufspark und hier insbesondere zu den Themenbereichen:

- Technische Gebäudeausrichtung
 - Einsatz von Geothermie (Grundwassernutzung)
 - Entwässerung
 - Lufttechnische Anlagen
 - Elektrotechnik
- Außenanlagen
 - Grünbereich
 - Dachbegrünung
 - Anbindung Südarkaden
 - Kindergarten
 - Abenteuerspielplatz
- Stadtplatz (Marktplatz): Nutzungsvarianten und Gestaltung
- Spindel: aktueller Gestaltungsvorschlag
- Fahrradrampe.

Herr Dr. Hessel stellte anschließend die bereits von Herrn Johannsen angeführte Überplanung der Fuß- und Radwegebeziehungen am Knotenpunkt B 56 / Sandstraße vor. Weiterhin legte er

nochmals dar, dass die Spindel für eine leistungsfähige Erschließung des Zentrums erforderlich ist und zeigte die Knotenpunkte auf, die trotz Einbeziehung verschiedener Ausbaumaßnahmen insbesondere im Bereich der Rathausallee ohne Spindel nicht leistungsfähig wären.

Herr Gleß legte dar, dass auf Grundlage der Anregungen und Bedenken aus der Bürgerschaft und der danach überarbeiteten Planung zurzeit der Offenlegungsbeschluss zum B-Plan vorbereitet wird. Hierzu bedürfe es weiterer inhaltlicher Abstimmungsgespräche. Ziel sei, in der März Sitzung des Zentrumsausschusses den Offenlegungsbeschluss herbeizuführen. Es werde noch eine Vielzahl an Gesprächen stattfinden müssen bzw. wurden schon geführt, wie etwa mit dem Landesbetrieb Straßen NRW als Baulastträger überörtlicher Straßen, der SSB zur Umgestaltung der Haltestelle, dem RWE zur Verlegung der Hochspannungsleitung, der VHS im Hinblick auf eine Ansiedlung im Zentrum und so weiter. Nicht zuletzt müsse weiterhin mit den Anliegern gesprochen werden, wie bereits anlässlich des Bürgerforums aber auch im Nachfeld geschehen. Als Beispiel für hierauf hin erzielte Verbesserungen führte er die Verringerung der Stellplätze, die über die Spindel erschlossen werden sollen, von ursprünglich ca. 850 auf ca. 630 Stellplätze an. Von ursprünglich 2 Masten für die Verlegung der Hochspannungsleitung werde jetzt nur 1 Ersatzmast realisiert. Weiterhin müssen die Nachbarkommunen im Rahmen eines Moderationsverfahren über die Pläne informiert werden. Es sei die Zielsetzung, noch im Sommer dieses Jahres die Planreife zu erlangen.

Herr Johannsen informierte über die anstehenden Sprechstunden in den Räumen des Centermanagements, in denen sich interessierte Bürger aus erster Hand über den Neubau informieren können. Als Ansprechpartner stünden Vertreter der Münchner Grund sowie der Stadtverwaltung zur Verfügung. Dabei werde auch das Modell präsentiert, welches in Kürze auf Grundlage der überarbeiteten Planung aktualisiert werde.

Herr Gleß wies noch ergänzend darauf hin, dass zu diesem Termin Pressemitteilungen ergangen seien sowie ein Hinweis in der städtischen Homepage aufgenommen wurde.

Frau Feld-Wielpütz bat um Aufklärung, ob die Flohmärkte auch zukünftig noch auf dem Gelände von Huma abgehalten werden können. Zu der heute vorgestellten Planung zur Anbindung des Knotenpunkts B 56 / Sandstraße könne sie sich heute noch keine abschließende Meinung bilden. Weiterhin bat sie um Mitteilung zum aktuellen Sachstand der Verhandlungen zu Tacke, ob es Ersatz für die Tankstelle/Waschanlage gebe, ein Sicherheitskonzept vorgesehen sei und was auf die Stadt in Sachen Brandschutz zukomme. Sie regte an, mit den Betreibern der Südstraße seitens der Stadt direkt in Kontakt zu treten. Kritisch merkte sie an, dass nach ihren Informationen der Umbau der Ampelanlage an der Kreuzung B 56 / Niederpleiser Straße erst im Jahr 2013 stattfinden soll, obwohl diese Maßnahme dem Verkehr bereits heute zuträglich sei.

Hierzu teilte Herr Hennig mit, dass der Umbau bereits angeordnet sei und ggf. früher stattfinden werde.

Herr Gleß führte aus, dass die NRW.URBAN mit den Betreibern der Südarkaden Kontakt aufgenommen habe. Auch er selbst sei mit Betreibern, die er persönlich kenne, in Kontakt getreten. Für die Tankstelle/Waschanlage werde es keinen Ersatz geben. Das Thema der Stellplätze im Bereich des Friedhofs müsse im Rahmen der Überlegungen zum Masterplan abgearbeitet werden. Zu den Verhandlungen zu Tacke würde er gerne im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung Stellung nehmen.

Herr Schmitz-Porten bedankte sich zunächst bei der Verwaltung und den beauftragten Gutachtern für die bisher geleistete Arbeit, die in sachlicher und zielgerichteter Atmosphäre stattfinde. Probleme zum Verkehr und damit auch betroffener Anlieger hoffe er durch das Parkleitsystem in den Griff zu bekommen. Es sei wichtig, die Fassaden ansprechend zu gestalten und mit hochwertigen Materialien zu versehen. Der zu erwartende Mast für die Hochspannungsleitung im unmittelbaren Bereich der Spindel müsse wohl aus technischen Gründen hingenommen werden. Ein Augenmerk sollte auch auf die Öffnungszeiten zum Einkaufszentrum sowie der Ansiedlung von Gastronomie auf dem Stadtplatz gerichtet werden, damit das Zentrum in den Abendstunden und an den Wochenenden mit Leben gefüllt werde. Zur Spindel und der hier stattfindende Verkehre sei mit dem heute vorgestellten Plan eine gute Lösung gefunden worden. Er sei erfreut über die heute angekündigte Bürgersprechstunde und würde eine separate Infoveranstaltung für Mitglieder der Fraktion begrüßen.

Herr Köhler stellte fest, dass Fußgänger in aller Regel gerne den kürzeren Weg nähmen, statt um „die Ecke zu laufen“, wie auf dem Plan zum Knotenpunkt B 56/Sandstraße dargestellt und stellte die Frage, ob hier auch ein schräg verlaufender Zebrastreifen vorstellbar wäre. Weiter erkundigte er sich nach anderen Standorten für Tankstellen im Stadtgebiet.

Herr Gleß teilte mit, dass Standorte an anderer Stelle im Stadtgebiet (Gewerbegebiete), wie etwa an der Einsteinstraße und in Buisdorf, vorhanden seien, wobei man mit Großtankstellen auch an Grenzen stoße.

Dr. Hessel teilte mit, dass eine schräg verlaufende Querung für Fußgänger grundsätzlich möglich sei, dadurch jedoch die Leistungsfähigkeit des Bereiches durch verlängerte Räumzeiten beeinträchtigt werde.

Herr Günther legte dar, dass er die Ausführungen zur Energieversorgung überzeugend fand und man sich auf einem Guten Weg befinde. Dies gelte auch für das Verkehrskonzept zur Spindel. Auf seine Nachfrage zum Planfall 7, der eine Spindel nicht vorsehe und die Verkehre über die geplante Unterführung auf die westliche Seite leite, stellte Herr Dr. Hessel fest, dass dieses Modell so nicht funktioniere. Weiterhin verwies Herr Günther auf seine Ausführungen in der letzten Lenkungsgruppe, wonach die kuriose Situation bestehe, dass man sich über eine ansprechende Gestaltung der Spindel Gedanken gemacht habe, damit diese nicht so stark als Monumentalbauwerk wahrgenommen werde und auf der anderen Seite im unmittelbaren Bereich der Spindel ein großer Mast gebaut werden soll. Was er besonders kritisiere, sei allerdings die Tatsache, dass er erst letzte Woche konkret vom Bau des neuen Leitungsmastes erfahren habe. Dies passe aus seiner Sicht nicht zu der vielfach beschworenen Offenheit im Umgang miteinander. So habe keine Möglichkeit mehr bestanden, dort in irgendeiner Weise einzugreifen und Alternativen zu diskutieren. Das werfe nach seiner Auffassung das, was an Überlegungen zur Gestaltung in diesem Bereich betrieben worden sei, ein Stück weit zurück. Es werde der Eindruck erweckt, dass die Angelegenheit bewusst nicht kommuniziert worden sei, um das Vorhaben nicht hinterfragen zu können.

Herr Gleß stellte hierzu klar, dass er die Angelegenheit seines Wissens bereits grundsätzlich im letzten Zentrumsausschuss und wohl auch anlässlich des Bürgerforums kommuniziert habe. Es sei darauf verwiesen worden, dass ein Mast von ursprünglich vorgesehenen 2 Masten entfallen könne. Von daher sei es bedauerlich, wenn jetzt unterstellt werde, die Verwaltung habe die Sache

nicht rechtzeitig kommuniziert und Informationen bewusst zurückgehalten. Im Übrigen sähen alle Beteiligten keine andere Möglichkeit, in dieser Situation anders als vorgesehen zu verfahren. Man könne dankbar sein, dass das RWE einer unterirdischen Verlegung zugestimmt habe, da ansonsten das Projekt gescheitert wäre.

Herr Günther führte ergänzend aus, dass er nicht in Abrede stelle, dass die Tieferlegung der Leitung und das Aufstellen von Masten grundsätzlich kommuniziert worden sei. Allerdings sei seines Wissens nicht die Position der Masten dargestellt worden.

Frau Reese bedankte sich für den Vortrag von Herrn Johannsen, wonach auch umweltrelevante Aspekte bei der Planung berücksichtigt werden und verwies diesbezüglich auf das Thema Geothermie. Sie gehe davon aus, dass die Beschaffenheit der Bodenverhältnisse in Bezug auf die Standfestigkeit sowie die Tragfähigkeit der doch relativ großen Dachflächen geprüft worden sei, was Herr Johannsen bestätigte. Hier werde entsprechende Vorsorge getroffen. Sie begrüßte die umfangreich vorgesehene Dachbegrünung und brachte eine Anregung aus dem Bürgerforum in Erinnerung, wonach der Stadt ggf. eine Sternwarte geschenkt werden könnte. Auch hierzu stelle sich die Frage, ob das Gebäude ggf. bei Bedarf aufgestockt werden könne.

Eine nachträgliche Erhöhung des Bauvorhabens, etwa um ein Stockwerk, ist laut Herrn Johannsen nach Umsetzung der zugrundeliegenden Planung nicht möglich (Thema Standfestigkeit). Auch werde es entsprechende Festsetzungen im B-Plan geben. Für die Realisierung einer Sternwarte gebe es eine Reihe von Anforderungen, die intensiv abgewogen worden seien mit dem Ergebnis, dass ein solches Vorhaben hier keinen Sinn mache. So müsse u. a. eine Bewirtschaftung über einen Zeitraum von 24 Stunden gewährleistet sein mit umfangreichen Sicherungsmaßnahmen (24 Std. Wachdienst).

Herr Züll griff zunächst den Beitrag von Frau Reese zur Tragfähigkeit des Gebäudes auf und geht davon aus, dass bei der Planung den auch in der hiesigen Region festzustellenden verstärkten Schneefällen Rechnung getragen wird. Zur Verlegung der Stromleitung unter die Erde müsse jedem klar sein, dass die Leitung auch wieder nach oben verlegt werden müsse und es hierzu der Aufstellung von Masten an bestimmten Stellen bedürfe. Dies sei seines Wissens in der Vergangenheit auch kommuniziert worden und es hätte jedem freigestanden, nachzufragen, wo konkret die Standorte sind. Dabei habe man nur wenig Einfluss auf den Standort der Maste. Zum Thema Verkehr stelle sich ihm die Frage, mit welchem Fahrzeugaufkommen zur Spindel pro Stunde je Fahrtrichtung zu rechnen sei. Interessant wäre auch die Feststellung des Aufkommens an Fußgängern am Übergang Sandstraße. Nach seiner persönlichen Wahrnehmung, er möge sich da auch täuschen, sei das Aufkommen nicht so hoch, vielleicht in den Morgen- und Mittagsstunden etwas höher als sonst. Das Thema Stellplätze am Friedhof müsse im Rahmen des Masterplans Urbane Mitte bedacht werden. Er griff bereits vorgetragene Anregungen zur Ansiedlung von gastronomischen Betrieben an den Eingangsbereichen auf, die auch außerhalb der Öffnungszeiten von Huma frequentiert werden könnten. Auch sollten mögliche Auswirkungen des neuen Huma-Einkaufparks auf bestehende Geschäfte/Läden in den einzelnen Ortschaften nicht aus dem Auge verloren werden.

Herr Dr. Hessel teilte mit, dass die Spindel in der Spitze jeweils ca. 400 Zu- und Abfahrten zu verzeichnen habe.

Frau Feld-Wielpütz führte aus, dass entlang der B 56 Stellplätze entfallen, die teilweise von

Besuchern des Friedhofes genutzt wurden. Damit sehe sie ein Problem eintreten und es gelte zu verhindern, dass keine ausreichende Zahl an Stellflächen vorgehalten werden könne. Es gebe durchaus Möglichkeiten, Ersatz zu schaffen, wozu entsprechende Planüberlegungen anzustellen seien. Sie teilte weiterhin mit, dass sie ein Stückweit den Unmut von Herrn Günther in Bezug auf das Thema der Masten verstehe. Sie stelle sich vor, dass Herr Günther nach Beginn der Baumaßnahme von Bürgern angesprochen wurde, ohne konkretere Angaben etwa zur Größenordnung des Mastes machen zu können. Dies dürfe aber jetzt nicht der Anlass sein, alles zu hinterfragen und Misstrauen im Umgang mit einander aufkommen zu lassen.

Herr Johannsen trug vor, dass ein Flohmarkt nicht mehr stattfinden werde und eine Tankstelle nicht zuletzt wegen hoher Umweltbelastung nicht vorgesehen sei. Die Brandschutzvorschriften, die in Deutschland sehr hoch angesetzt sind, würden selbstverständlich eingehalten.

Herr Schmitz-Porten führte aus, dass der Wegfall des Flohmarktes bedauerlich sei, aber man könne nicht alles haben. Durch die Anbindung der Südarkaden, die sicher sinnvoll sei, dürfe aber keine Konkurrenzsituation heraufbeschworen werden, was den Aufenthaltsbereich betreffe. Unser Zentrum sei die Marktplatte.

Herr Nonnen bat um Auskunft, ob evtl. die Feuerwehr aufgerüstet werden müsse und wo die 200 Parkplätze errichtet werden, die in dem Bereich entfallen sollen, der über die Spindel erschlossen werde.

Herr Gleß teilte mit, dass eine Aufrüstung der Feuerwehr nicht erforderlich werde.

Herr Johannsen schilderte, dass ein Vorhaben mit seinen Nutzungen eine bestimmte Anzahl an Stellflächen entsprechend gesetzlicher Vorgaben vorhalten müsse. Diese Vorgabe habe man bisher überschritten, so dass man sich mit der jetzt erfolgten Reduzierung an Stellplätzen noch innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl bewege.

Herr Puffe legte dar, dass es bei der Frage nach dem Brandschutz nicht darum gegangen sei, ob die entsprechenden Brandschutzvorschriften eingehalten werden, wovon er im Übrigen ausgehe, sondern darum, ob evtl. Auswirkungen auf die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin entstehen. Er regte in dieser Frage ein informelles Gespräch mit dem Wehrführer der Stadt an.